

Schlussfolgerungen aus der Reise nach Uganda und
Empfehlungen zur deutsch-ugandischen Entwicklungszusammenarbeit

Beschluss der Kinderkommission vom 3. März 2004

Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages hat sich während ihrer Reise vom 18. bis 23. Januar 2004 über die Kinderrechtssituation in Uganda informiert. Im Anschluss an den Weltkindergipfel der Vereinten Nationen im Mai 2002 bilden die UN-Kinderrechtskonvention und die Fortschritte in ihrer Umsetzung einen Arbeitsschwerpunkt der Kinderkommission in dieser Legislaturperiode. Mit ihrer Reise verschaffte sich die Kinderkommission einen Eindruck von der Umsetzung der im Weltkindergipfel formulierten Ziele in einem afrikanischen Land, wobei einschlägige Themenfelder insbesondere Bildung, Gesundheit (HIV/AIDS), Kinderhandel sowie der Schutz vor Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt waren. Hierbei lagen die besonderen Interessenschwerpunkte der Kinderkommission einerseits auf Strategien zur Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern als Kindersoldaten sowie andererseits auf der Beurteilung des Erfolgs der Instrumente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Uganda.

In einem Land wie Uganda hat die Förderung der Kinder- und Jugendlichen einen besonderen Stellenwert, da 54% der Bevölkerung jünger als 18 Jahre und 80% jünger als 30 Jahre sind. Uganda selbst unternimmt große Anstrengungen auf diesem Gebiet und investiert rund 30% seines Jahresbudgets in die Erziehung. Dennoch ist das Land weiterhin auf Hilfe von außen angewiesen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda konzentriert sich indes auf die drei Schwerpunktbereiche Wasserversorgung/Abwasserentsorgung, Finanzsektorentwicklung und Berufsbildung.

Im Norden des Landes gewann die Kommission einen erschütternden Eindruck davon, welche Auswirkungen Krisen und Konflikte auf die Entwicklung eines Landes haben können, das ansonsten seine Probleme bisher recht erfolgreich angegangen ist. Der Konflikt im Norden wird als eine der maßgeblichen Ursachen für den Wiederanstieg der Armutsquote in Uganda (39% der Gesamtbevölkerung Ende 2003) betrachtet. 90% (!) der Bevölkerung in

den Distrikten Gulu, Kitgum, Lira und Pader lebt in Flüchtlingscamps. Es besteht eine generelle Mangelsituation im medizinischen und schulischen, im Sanitär- und im Wasserbereich. Die Prävalenz von HIV/Aids beträgt in diesen Camps 13%, während sie auf nationaler Ebene auf 6% zurückgeführt werden konnte. Die landwirtschaftlichen Flächen bleiben weitgehend ungenutzt, was eine völlige Abhängigkeit von externer Nahrungsmittelhilfe nach sich zieht. Die soziale und technische Infrastruktur der betroffenen Distrikte zerfällt oder ist bereits zerstört.

Bei ihren Besuchen eines Flüchtlingscamps und der Unterkünfte nachwandernder Kinder in Gulu konnte sich die Kommission davon überzeugen, dass sich hinter diesen Zahlen großes menschliches Leid verbirgt. Betroffen hiervon sind in besonderem Maße die Kinder, die in einer von Gewalt, Leid und Armut geprägten Lebenswelt aufwachsen müssen und kaum Perspektiven für die Zukunft besitzen. Kinder sind auch häufig die direkten Opfer von Gewalt. Schätzungsweise wurden allein im Jahr 2003 rund 8.500 Kinder entführt und – was zu befürchten ist – als Kindersoldaten und Sexsklavinnen bzw. Zwangsehefrauen für Rebellenführer missbraucht. In den letzten zehn Jahren waren es mehr als 30.000 Kinder.

Die Kinderkommission hatte aber auch Gelegenheit, sich einen Eindruck von den hoffnungsvollen Auswirkungen erfolgreicher Friedensbemühungen zu verschaffen. Im Nordwesten des Landes wurde am 24. Dezember 2002 ein Friedensabkommen mit der Rebellenbewegung „Uganda National Rescue Front“ (UNRF II) unterzeichnet. Am 22. Januar 2004 fand in der Distrikthauptstadt Yumbe aus diesem Anlass ein Friedensfestival statt, zu dem auch die Mitglieder der Kinderkommission eingeladen waren. Neben Hoffnung und Lebensfreude wurde der Kommission hier aber auch die Sorge um die Einhaltung und Umsetzung aller getroffenen Vereinbarungen des Friedensabkommens übermittelt. Aus Sicht der Kinderkommission ist das Vertrauen aller Beteiligten in die Einhaltung getroffener Zusagen entscheidend für den Friedensprozess, wobei der Glaubwürdigkeit der Regierung eine hohe Bedeutung zukommt.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Förderung der Bildungs- und Berufschancen für Kinder und Jugendliche im gesamten Land. Der Kinderkommission erscheint eine gute Bildung und berufliche Entwicklung als ein Schlüssel zur Überwindung von Armut und Perspektivlosigkeit. In Uganda beginnen zwar 90% der Kinder mit der Grundschulbildung; 65% brechen ihre Ausbildung jedoch ab. Von den 380.000 Schulabgängern im Jahr finden nur 2,6% eine Anstellung im Privatsektor, weitere 11% im öffentlichen Sektor.

Aufgrund dieser Beobachtungen empfiehlt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

- Friedensförderung und –konsolidierung im Norden muss als Querschnittsaufgabe der deutsch-ugandischen Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden. Jedenfalls im Rahmen der bestehenden Schwerpunktgebiete sollten Instrumente und finanzielle Mittel der Entwicklungszusammenarbeit gezielt so eingesetzt werden, dass sie die Friedensbemühungen im Norden unterstützen.
- Insbesondere im Distrikt Yumbe sollten der Friedensprozess und die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen von deutscher Seite auch weiterhin kritisch begleitet und unterstützt werden. Diese friedliche Beilegung eines Konflikts könnte ein Modell zum Friedensschluss im gesamten Norden Ugandas darstellen.
- Kleinwaffenproduktion und -handel müssen strenger kontrolliert werden. Dafür müssen Waffen gekennzeichnet und registriert, die Gesetze über Exporte von Waffen und Munition verschärft werden. Insbesondere ist ein konsequentes Exportverbot für Kleinwaffen in Bürgerkriegsregionen und seine Implementierung zu fordern und zwar speziell dann, wenn der Einsatz von Kindersoldaten bekannt ist.
- Im Rahmen dieser friedensorientierten Entwicklungspolitik ist verstärkt die Kinder- und Jugendarbeit zu fördern, denn Investitionen in die heranwachsende Generation bedeuten immer auch Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Gewaltpräventionsprogramme und niedrigschwellige Angebote der psychologischen Beratung und Betreuung zu fordern. Reintegrationsbemühungen für ehemalige Kindersoldaten verdienen besondere Unterstützung. Bereits erfolgreich eingesetzte Maßnahmen wie das von der GTZ und dem DED unterstützte Programm zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in besonders schwierigen Lebenssituationen (PCY) könnten um solche Aufgabenbereiche erweitert werden.
- Es sollte geprüft werden, ob im Rahmen von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Uganda eine bessere Verzahnung mit Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen durchführbar ist. Ideal wäre die Vernetzung der bereits bestehenden Bemühungen im Rahmen der Schwerpunktgebiete und ihre Einbeziehung in ein Gesamtkonzept zu Förderungsmöglichkeiten für junge Menschen.

Marlene Rupprecht
Delegationsleiterin

Ingrid Fischbach
Vorsitzende